

## Fragen

für die Fragestunde der 182. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 7. Oktober 2020

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Aggelidis, Grigorios (FDP) .....	47, 81	Jung, Christian, Dr. (FDP) .....	64, 65
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.) .....	30, 84	Kappert-Gonther, Kirsten, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	58, 59
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	7	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	42, 79
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	46	Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	60, 61
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	12, 48	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	53
Brandner, Stephan (AfD) .....	4, 5	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	73, 74
Brandt, Michel (DIE LINKE.) .....	39	Kraft, Rainer, Dr. (AfD) .....	25, 26
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) .....	28, 29	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	43, 68
De Masi, Fabio (DIE LINKE.) .....	45, 80	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	49
Faber, Marcus, Dr. (FDP) .....	20	Lehmann, Sven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	37
Friesen, Anton, Dr. (AfD) .....	32, 33	Mattheis, Hilde (SPD) .....	75, 76
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	62, 63	Mihalic, Irene, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	6
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	35, 67	Nestle, Ingrid, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	18, 40
Herbrand, Markus (FDP) .....	19, 50	Peterka, Tobias Matthias (AfD) .....	1, 2
Herbst, Torsten (FDP) .....	71, 72	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	8, 27
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP) .....	15, 16	Renner, Martina (DIE LINKE.) .....	21, 22
Hohmann, Martin (AfD) .....	10, 11	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	57
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	9, 31		
Huber, Johannes (AfD) .....	82		
Hunko, Andrej (DIE LINKE.) .....	38, 44		
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.) .....	13, 14		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Sattelberger, Thomas, Dr. h. c. (FDP) .....	77, 78	Spaniel, Dirk, Dr. (AfD) .....	70
Schauws, Uille (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ...	36	Strasser, Benjamin (FDP) .....	3
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	17, 83	Theurer, Michael (FDP) .....	56, 69
Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.) .....	34, 41	Völlers, Marja-Liisa (SPD) .....	66
Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	54, 55	Werner, Katrin (DIE LINKE.) .....	51, 52
		Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.) .....	23, 24

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat .....	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts.....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie .....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.....	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft .....	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur .....	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit .....	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	24
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes....	25
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	25

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,  
für Bau und Heimat**

1. Abgeordneter  
**Tobias Matthias  
Peterka**  
(AfD) Erwägt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der geplanten Änderungen des Landesversammlungsgesetzes Berlin, ähnliche Generalklauseln in das Versammlungsgesetz des Bundes zu implementieren, die erlauben, Versammlungen, die „geeignet [sind] den öffentlichen Frieden zu stören“ oder bei denen „zum Hass aufgestachelt“ wird, zu verbieten (vgl. nur Berliner Zeitung vom 20. September 2020, [www.bz-berlin.de/berlin/kolumne/will-rot-rot-gruen-rechte-demonstrationen-in-berlin-verbieten](http://www.bz-berlin.de/berlin/kolumne/will-rot-rot-gruen-rechte-demonstrationen-in-berlin-verbieten), zuletzt abgerufen am 23. September 2020), wenn nein, warum nicht?
2. Abgeordneter  
**Tobias Matthias  
Peterka**  
(AfD) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, im unmittelbaren Näheverhältnis einen Leibwächter beschäftigte, der mutmaßlich dem als rechtsextremistisch eingestuften Verein „Uniter e. V.“ angehört, und erhebt dies Thomas Haldenwang nach Ansicht der Bundesregierung zum „Verdachtsfall“ (vgl. Der Tagesspiegel vom 18. September 2020, [www.tagesspiegel.de/politik/mitglied-bei-uniter-verfassungsschutz-chef-haldenwang-hatte-wohl-rechtsextremen-leibwaechter/26198260.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/mitglied-bei-uniter-verfassungsschutz-chef-haldenwang-hatte-wohl-rechtsextremen-leibwaechter/26198260.html), zuletzt abgerufen am 23. September 2020)?
3. Abgeordneter  
**Benjamin Strasser**  
(FDP) Wie viele der „durch den Deutschen Bundestag im Haushalt 2020 zur Stärkung der Ressourcenausstattung der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden des Bundes im Bereich der Bekämpfung der politisch-motivierten Kriminalität rechts beschlossenen 300 neuen Stellen für das Bundeskriminalamt (BKA) und mehreren hundert Stellen für das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)“ sind mit Stand zum 1. Oktober 2020 besetzt (s. Bericht der Bundesregierung zum Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, S. 5: [www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/bericht-breg-kabinettsausschuss-rechtsextremismus.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/bericht-breg-kabinettsausschuss-rechtsextremismus.pdf?__blob=publicationFile&v=2))?
4. Abgeordneter  
**Stephan Brandner**  
(AfD) Wie viele Moscheen in Deutschland werden nach Kenntnis der Bundesregierung von Personen beziehungsweise Verbänden, Vereinigungen, Organisationen o. Ä. betrieben, die dem islamistischen Spektrum zuzurechnen sind, und um welche Moscheen handelt es sich hierbei namentlich?

5. Abgeordneter  
**Stephan Brandner**  
(AfD)
- Wie hoch werden nach Schätzung der Bundesregierung die Gesamtkosten für die Durchführung der von Bundesinnenminister Horst Seehofer angekündigten Studie zu Rassismus in der Gesellschaft ([www.zeit.de/politik/deutschland/2020-09/rechtsextremismus-rassismus-polizei-nrw-horst-seehofer-studie](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-09/rechtsextremismus-rassismus-polizei-nrw-horst-seehofer-studie)) sein, und wer wird voraussichtlich mit der Erstellung dieser Studie beauftragt?
6. Abgeordnete  
**Dr. Irene Mihalic**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hält der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer trotz der jüngsten Erkenntnisse über rechtsextreme Chatgruppen bei der Polizei in Berlin und in Nordrhein-Westfalen sowie vergleichbaren früheren Vorfällen in anderen Ländern an seiner Entscheidung fest, keine wissenschaftlichen Untersuchungen über das Ausmaß und die Ursachen von verfassungsfeindlichen Tendenzen in der Polizei durchzuführen?
7. Abgeordnete  
**Luise Amtsberg**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern erkennt der Bundesinnenminister Horst Seehofer aufgrund der zahlreichen neuen Vorfälle von rechtsextremen Chatgruppen bei der Polizei in Berlin sowie Nordrhein-Westfalen ein bundesweites, strukturelles Muster, und welche konkreten Maßnahmen plant der Bundesinnenminister Horst Seehofer, z. B. im Rahmen der Innenministerkonferenz, um rechtsextreme Einstellungsmuster bei Polizistinnen und Polizisten frühzeitig zu erkennen?
8. Abgeordnete  
**Filiz Polat**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit für eine rassismuskritische Aus-, Fort- und Weiterbildung im öffentlichen Dienst, und welche Maßnahmen setzt die Bundesregierung hierzu bereits um?
9. Abgeordneter  
**Ottmar von Holtz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Weshalb macht die Bundesregierung bei der Ausstellung von Visa für Freiwillige aus Drittstaaten, die einen von Deutschland finanzierten Freiwilligendienst in Deutschland antreten möchten, keine pauschale Ausnahme von der derzeitigen „vorübergehende(n) Beschränkung nicht unbedingt notwendiger Reisen in die EU“, die laut Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 40 auf Bundestagsdrucksache 19/22831 derzeit auch auf diese Freiwilligen angewendet wird, und welche Staaten können damit rechnen, bald in die Positivliste aufgenommen zu werden, aus der Personen wieder in die EU einreisen dürfen?

10. Abgeordneter  
**Martin Hohmann**  
(AfD)
- Wie viele der „vollziehbar Ausreisepflichtigen“ sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten drei Jahren nach Ablehnung ihres Asylansuches in Deutschland verblieben, und in welchem Umfang haben sie weiterhin staatliche Leistungen bezogen?
11. Abgeordneter  
**Martin Hohmann**  
(AfD)
- Wie viele der abgelehnten Asylbewerber haben nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem 1. Januar 2019 bis heute Klage vor den Verwaltungsgerichten eingereicht, und wie viele davon mit Erfolg?
12. Abgeordnete  
**Canan Bayram**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Personen seit Beginn des Bürgerkriegs im Jahr 2011 mit subsidiärem Schutzstatus aus Syrien (sowohl mit als auch ohne syrische Staatsangehörigkeit) dazu verpflichtet wurden, bei Ablauf ihres grauen Reiseausweises für Ausländer einen neuen Pass in der syrischen Botschaft zu beschaffen, und wie begründet die Bundesregierung dieses Vorgehen, wenn bekannt ist, dass dafür hohe Gebühren anfallen, die eine wesentliche Einnahmequelle für das syrische Regime sind (siehe dazu: <https://rlc-journal.org/2020/passbeschaffung-der-albtraum-syrischer-subsidiar-schutzberechtigter/>)?
13. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)
- Wie hoch war zuletzt die bereinigte Gesamtschutzquote bei Asylsuchenden aus Venezuela (bitte für die Jahre 2018, 2019 und das laufende Jahr 2020 sowie nach den nach meiner Kenntnis vier maßgeblich beteiligten Außenstellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Dresden, Chemnitz, Leipzig und Berlin auflisten), und wie hoch war jeweils die bereinigte Aufhebungsquote der beteiligten Verwaltungsgerichte (Stattgabe oder teilweise Stattgabe der Klagen, ohne formelle Erledigungen, bitte nach den genannten Zeiträumen und Verwaltungsgerichten differenziert auflisten)?

14. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)
- Wie werden etwaige unterschiedliche Schutzquoten der einzelnen Außenstellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und die zuletzt hohe bereinigte Aufhebungsquote der Gerichte in Bezug auf diesbezüglich ablehnende BAMF-Bescheide bei Asylsuchenden aus Venezuela (in Sachsen lag diese Aufhebungsquote im Jahr 2020 bis Ende Mai bei 71 Prozent und bei 48 Prozent im Jahr 2019, Antwort des Sächsischen Staatsministeriums des Innern auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Juliane Nagel, Drucksache 7/2468 des Sächsischen Landtages) erklärt, und inwieweit ist die an mich herangetragene Einschätzung zutreffend, dass die in ablehnenden BAMF-Bescheiden aufgeführten Quellen, Erkenntnismittel und Lageeinschätzungen zu Venezuela zum Teil deutlich veraltet oder unvollständig seien und es keine einheitliche Bewertungslage der unterschiedlichen Außenstellen gebe (bitte darlegen)?
15. Abgeordneter  
**Dr. Christoph Hoffmann**  
(FDP)
- Inwiefern fördert die Bundesregierung den Aus- und Neubau von Gebäuden aus bzw. mit Holz, und sieht die Bundesregierung Holz als zuverlässigen und zukunftsfähigen Baustoff?
16. Abgeordneter  
**Dr. Christoph Hoffmann**  
(FDP)
- Wie viele der an aktuellen internationalen Einsätzen beteiligten Polizeikräfte sind nach Kenntnis der Bundesregierung männlich/weiblich/divers, und wie begegnet die Bundesregierung dem Rückgang von eingegangenen Bewerbungen qualifizierter Einsatzkräfte (Bundestagsdrucksache 19/20496)?
17. Abgeordneter  
**Stefan Schmidt**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- An welchen konkreten Gesetzesinitiativen mit Heimatbezug arbeiten die Beamtinnen und Beamten sowie die Beschäftigten der Heimatabteilung des Bundesinnenministeriums derzeit, und was ist aus Sicht der Bundesregierung der größte Erfolg der „auch als aktiven Strukturpolitik verstandenen Heimatpolitik des Bundes“ (vgl. Antwort auf meine Mündliche Frage 18, Plenarprotokoll 19/175)?

18. Abgeordnete  
**Dr. Ingrid Nestle**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Warum hält es die Bundesregierung für vereinbar mit dem Ziel einer schwingvollen Digitalisierung, jetzt nach Jahren und kurz vor Ende des regulären Vergabeverfahrens eine neue Idee einer gemeinsamen Gesellschaft ins Spiel zu bringen, und wie beurteilt die Bundesregierung eine gemeinsame Frequenznutzung durch Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben sowie die Energiewirtschaft hinsichtlich der Vereinbarkeit mit geltendem Telekommunikations- und Wettbewerbsrecht ([www.spiegel.de/wirtschaft/peter-altmair-und-horst-seehofer-streiten-um-frei-werdend-e-funkfrequenzen-a-d7ba2fa6-bdbd-4d53-a58c-72cd93bafca2](http://www.spiegel.de/wirtschaft/peter-altmair-und-horst-seehofer-streiten-um-frei-werdend-e-funkfrequenzen-a-d7ba2fa6-bdbd-4d53-a58c-72cd93bafca2))?
19. Abgeordneter  
**Markus Herbrand**  
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung meine Einschätzung, dass die Einstufung von ganz Belgien, Luxemburg und großen Teilen der Niederlande als Corona-Risikogebiet zu besonderen Herausforderungen bei der Überwachung der hunderte Kilometer langen Grenzverläufe durch die unterschiedlichen Kräfte der Bundespolizei und der Bediensteten des Zolls führt, denen die Bundesregierung am besten mit Maßnahmen wie z. B. Personalaufwuchs, Verbesserung von technischer Ausrüstung zur Grenzüberwachung und Erweiterung der IT-Möglichkeiten begegnen könnte, um die Bediensteten vor allem im besonders betroffenen Dreiländer-Eck Aachen bei ihren Aufgaben zu unterstützen?
20. Abgeordneter  
**Dr. Marcus Faber**  
(FDP)
- Warum verzögern sich nach meiner Kenntnis die Auslieferungen der Löschfahrzeuge, die das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) auf die Bundesländer aufteilt, nach Sachsen-Anhalt, da von den 24 zugesagten Fahrzeugen erst zwei von den insgesamt 211 ausgelieferten Löschfahrzeugen nach Sachsen-Anhalt ausgeliefert wurden, und welchen Plan hat das BBK für die vollständige Auslieferung der Löschfahrzeuge nach Sachsen-Anhalt?
21. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele Beamtinnen und Beamte in Stellen/Behörden im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat haben in den Jahren 2019 und 2020 eine genehmigungspflichtige Nebentätigkeit ausgeübt oder haben Sonderurlaub mit dem Zweck der Aufnahme einer Beschäftigung in der Privatwirtschaft erhalten (bitte nach nachgeordneten Stellen/Behörden auflisten)?



22. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele der erteilten Genehmigungen betrafen eine beabsichtigte Nebentätigkeit für ein privates Sicherheits- und Militärunternehmen (englisch Private Military Contractors)?
23. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(Zwickau)  
(DIE LINKE.)
- Wie viele der in Deutschland Gestorbenen hatten nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2005, 2010, 2015, 2017, 2018 und 2019 (hilfsweise: 2016) zum Zeitpunkt ihres Todes jeweils noch nicht das 67. und das 65. Lebensjahr erreicht, und wie hoch war ihr jeweiliger Anteil an der Gesamtzahl der Gestorbenen des jeweiligen Jahres?
24. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(Zwickau)  
(DIE LINKE.)
- Wie hoch waren in Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung – auch unter Berücksichtigung von Daten des Europäischen Statistikamts Eurostat – in den Jahren 2005, 2010, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 jeweils die durchschnittliche Lebenserwartung und die durchschnittliche Erwartung an gesunden Lebensjahren („gesunde Lebensjahre“ [GLJ] = behinderungsfreie Lebenserwartung) bei der Geburt (etwaige Zeitreihenbrüche bitte angeben)?

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

25. Abgeordneter  
**Dr. Rainer Kraft**  
(AfD)
- Welche Kriterien werden nach Kenntnis der Bundesregierung zur Verhängung von Reisewarnungen in Bezug auf COVID-19 herangezogen, und warum sind diese Reisewarnungen des Auswärtigen Amts nicht deckungsgleich mit den Empfehlungen des Robert Koch-Institutes oder denen der Gesundheitsbehörden ([www.swp.de/panorama/reisewarnungen-risikogebiete-1.-oktober-was-ist-ein-e-reisewarnung-noch-wert\\_-51668728.html](http://www.swp.de/panorama/reisewarnungen-risikogebiete-1.-oktober-was-ist-ein-e-reisewarnung-noch-wert_-51668728.html))?
26. Abgeordneter  
**Dr. Rainer Kraft**  
(AfD)
- Warum sind nach Kenntnis der Bundesregierung Gebiete der Türkei nicht mehr als COVID-19-Risikogebiete eingestuft, während für Gebiete wie Mallorca, die Kanaren, Korsika und Kroatiens Strandregionen eine Reisewarnung gilt ([www.swp.de/panorama/reisewarnungen-risikogebiete-1.-oktober-was-ist-eine-reisewarnung-noch-wert\\_-51668728.html](http://www.swp.de/panorama/reisewarnungen-risikogebiete-1.-oktober-was-ist-eine-reisewarnung-noch-wert_-51668728.html))?

27. Abgeordnete  
**Filiz Polat**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welchen aktuellen Stand haben die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkischen Republik bezüglich eines Abkommens über die Zusammenarbeit im Bildungsbereich betreffend dem Betrieb von Auslandsschulen ([www.dw.com/de/aufregung-um-t%C3%BCrkische-schulen-in-deutschland/a-51947633](http://www.dw.com/de/aufregung-um-t%C3%BCrkische-schulen-in-deutschland/a-51947633)), und gibt es schon konkrete Planungen bezüglich der genannten Vorhaben in Berlin, Köln sowie Frankfurt am Main?
28. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit sieht Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel weitere Rüstungsexporte (Rüstungsexportgenehmigungen, tatsächliche Ausfuhr) als Bestandteil eines „konstruktiven Verhältnisses“ zur Türkei (dpa vom 1. Oktober 2020), trotz der im Widerspruch zum Völkerrecht stehenden Militäroperationen der Türkei in Syrien ([www.tagesschau.de/inland/tuerkei-wissensch-dienst-101.html](http://www.tagesschau.de/inland/tuerkei-wissensch-dienst-101.html)) und im Irak ([www.bundestag.de/resource/blob/705826/ec1d59d7709a4dfd3c0f14cb8fea6b76/WD-2-057-20-pdf-data.pdf](http://www.bundestag.de/resource/blob/705826/ec1d59d7709a4dfd3c0f14cb8fea6b76/WD-2-057-20-pdf-data.pdf)), dem Bruch des Waffenembargos gegenüber Libyen ([www.dw.com/de/t%C3%BCrkische-a400m-bringen-waffen-nach-libyen/a-54691319](http://www.dw.com/de/t%C3%BCrkische-a400m-bringen-waffen-nach-libyen/a-54691319)), der Förderung des islamistischen Terrorismus durch die mutmaßliche Verlegung von Dschihadisten nach Libyen und Aserbaidsehan (AFP vom 2. Oktober 2020), die militärischen Drohungen gegenüber Griechenland und Zypern sowie die Massenverhaftungen von und Gewalt gegen Erdoğan- bzw. Regimekritikern wie die gewählten Mandatsträger der HDP (30. September 2020), und inwieweit misst die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis im Vorgehen gegen die Türkei im Vergleich zum Beispiel zu Weißrussland, wie der Außenminister Zyperns Nikos Christodoulidis befürchtet, mit zweierlei Maß ([www.welt.de/politik/ausland/article214586858/Weissrussland-Die-EU-in-der-Sanktionsfalle.html](http://www.welt.de/politik/ausland/article214586858/Weissrussland-Die-EU-in-der-Sanktionsfalle.html))?

29. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung (auch nachrichtendienstliche), dass der türkische Geheimdienst gegenüber deutschen Staatsangehörigen analog zu österreichischen Staatsangehörigen versucht, diese im Zuge von staatlichen Repressionen (willkürlichen Verhaftungen, Ausreisesperren) zur Zusammenarbeit zu zwingen (<https://zack.zack.at/2020/09/23/anschlaege-sollen-wien-insch-aos-stuerzen-erdogan-terrorist-packt-aus/>), und inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) über Einschüchterungsversuche von in der Türkei lebenden deutschen Staatsangehörigen seitens türkischer Behörden (Geheimdienste, Polizei, Justizbehörden etc.), wie im Falle der Familie von Prof. Dr. Burak Çopur ([www.zdf.de/nachrichten/politik/burak-copurdrohung-geheimdienst-tuerkei-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/politik/burak-copurdrohung-geheimdienst-tuerkei-100.html))?
30. Abgeordnete  
**Gökay Akbulut**  
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor und welche Konsequenzen zieht sie daraus, dass eine türkische Delegation unter der Führung des türkischen Botschafters von Österreich, Ozan Ceyhun, diplomatische Gespräche in Berlin geführt hat und dabei laut Medienberichten mitgeteilt wurde, dass die Türkei jederzeit in der Lage ist, mögliche Anschläge in Deutschland durch radikale Islamisten verüben zu lassen (vgl. [www.ozgurpolitika.com/haberi-erdogan-in-alman-ya-kiskaci-4850/](http://www.ozgurpolitika.com/haberi-erdogan-in-alman-ya-kiskaci-4850/))?
31. Abgeordneter  
**Ottmar von Holtz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Berichten, Russland nutze ein Loch in der internationalen Gesetzgebung, um seinen Einfluss über russische, private Sicherheits- und Militärunternehmen (Private Military Contractors – PMCs) auf dem afrikanischen Kontinent und insbesondere in Libyen, dem Sudan, der Zentralafrikanischen Republik und Madagaskar auszuweiten ([www.fpri.org/article/2020/08/the-role-of-russian-private-military-contractors-in-africa/](http://www.fpri.org/article/2020/08/the-role-of-russian-private-military-contractors-in-africa/)), und welche Erkenntnisse (eigene sowie aus fremden Quellen) hat die Bundesregierung bezogen auf die im August 2020 geleakten Informationen, Russland habe bereits mit 21 afrikanischen Ländern militärische Kooperationsabkommen sowie die Erlaubnis für die Errichtung von Militärbasen in der Zentralafrikanischen Republik, Eritrea, Ägypten, Madagaskar, Mosambik und dem Sudan ([www.bussinsider.de/politik/welt/putin-russland-supermacht-plaene-einblick/](http://www.bussinsider.de/politik/welt/putin-russland-supermacht-plaene-einblick/))?

32. Abgeordneter  
**Dr. Anton Friesen**  
(AfD)
- Wird die Bundesregierung eine Sondersitzung des UN-Menschenrechtsrates einberufen, um auf die anhaltende Gewalt gegen und die Vertreibung von Christen in Nigeria, insbesondere in der Region Süd-Kaduna, aufmerksam zu machen ([www.christenverfolgung.org/tags/nigeria](http://www.christenverfolgung.org/tags/nigeria)), und wenn nein, warum nicht?
33. Abgeordneter  
**Dr. Anton Friesen**  
(AfD)
- Erwägt die Bundesregierung in Anbetracht der Tatsache, dass die Anzahl der erteilten bzw. abgelehnten Visa zur Aufnahme einer Beschäftigung in Deutschland u. a. an den beiden Standorten deutscher diplomatischer Vertretungen in Vietnam (Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt) weit stärker als die Anzahl der mit Visafragen befassten Mitarbeiter gestiegen ist (Bundestagsdrucksache 19/21965) auf den Internetauftritten der besonders betroffenen Auslandsvertretungen auf die Möglichkeit der Vorabzustimmung im beschleunigten Fachkräfteverfahren gemäß § 81a Absatz 3 Nummer 6 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) i. V. m. § 31 Absatz 4 der Aufenthaltsverordnung (AufenthV) aufmerksam zu machen ([www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/migration/feg-anwendungshinweise-anlagen/anlage5.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/migration/feg-anwendungshinweise-anlagen/anlage5.pdf?__blob=publicationFile&v=5))?
34. Abgeordnete  
**Eva-Maria Schreiber**  
(DIE LINKE.)
- Inwiefern teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Treaty Alliance Deutschland, dass der überarbeitete Abkommensentwurf für ein völkerrechtliches Abkommen auf UN-Ebene zur menschenrechtlichen Regulierung von globalen Wirtschaftsaktivitäten, den die ecuadorianische Verhandlungsleitung im August 2020 veröffentlicht hat, „den von der EU-Kommission und der Bundesregierung geäußerten Bedenken weit entgegen“ komme ([www.cora-netz.de/wpcontent/uploads/2020/09/2020-09\\_TreatyAllianz-D\\_Stellungnahme\\_2ndRevisedDraft.pdf](http://www.cora-netz.de/wpcontent/uploads/2020/09/2020-09_TreatyAllianz-D_Stellungnahme_2ndRevisedDraft.pdf); S. 2), und inwiefern unterstützt die Bundesregierung nun aktiv die Erarbeitung und Verabschiedung eines solchen Abkommens vor dem Hintergrund, dass auf deutscher Ebene nach Abschluss des NAP-Monitoring nun ein Lieferkettengesetz kommen soll und EU-Kommissar Didier Reynders für das Frühjahr 2021 eine europäische Initiative zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten angekündigt hat ([www.cora-netz.de/wpcontent/uploads/2020/09/2020-09\\_TreatyAllianz-D\\_Stellungnahme\\_2ndRevisedDraft.pdf](http://www.cora-netz.de/wpcontent/uploads/2020/09/2020-09_TreatyAllianz-D_Stellungnahme_2ndRevisedDraft.pdf); S. 2)?

35. Abgeordneter  
**Stefan Gelbhaar**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Mit welcher Begründung lehnte die Bundesregierung die im Rahmen ihrer Ratspräsidentschaft geplante Bestrafung von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU ab ([www.tagesspiegel.de/politik/feigheit-und-unverschaeamtheit-berlin-kommt-polen-und-ungarn-entgegen-und-wird-dafuer-scharf-kritisiert/26225956.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/feigheit-und-unverschaeamtheit-berlin-kommt-polen-und-ungarn-entgegen-und-wird-dafuer-scharf-kritisiert/26225956.html)), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus Rechtsstaatsverletzungen in Ungarn und Polen im Rahmen bilateraler Zusammenarbeit?
36. Abgeordneter  
**Ulle Schauws**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Pläne hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft, um deutlich zu machen, dass der Umgang mit LGBTIQ-Menschen wie in Polen beispielsweise durch die dortigen „LGBT-freien Zonen“ ([www.spiegel.de/politik/ausland/polen-fast-100-lgbt-freie-zonen-der-feind-ist-lesbisch-a-00000000-0002-0001-0000-000171426724](http://www.spiegel.de/politik/ausland/polen-fast-100-lgbt-freie-zonen-der-feind-ist-lesbisch-a-00000000-0002-0001-0000-000171426724)), so wie ich es im Gespräch mit polnischen Aktivistinnen und Aktivisten vor zwei Wochen vor Ort gelernt habe, innerhalb der europäischen Wertegemeinschaft nicht toleriert wird?
37. Abgeordneter  
**Sven Lehmann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem in Ungarn im Mai dieses Jahres verabschiedeten Gesetz, wonach in dem Personenstandseintrag einer Person beim Standesamt künftig nicht mehr das „Geschlecht“, sondern das „Geschlecht zur Geburt“ erfasst wird, die als „das biologische Geschlecht“ definiert und nicht änderbar ist ([www.parlament.hu/irom41/09934/09934.pdf](http://www.parlament.hu/irom41/09934/09934.pdf)), und das dem im europäischen Recht und insbesondere in der Grundrechtecharta verankerten Diskriminierungsverbot entgegensteht, und wie nutzt die Bundesregierung ihre EU-Ratspräsidentschaft, um diese nach meiner Auffassung vorliegenden Diskriminierung und Unsichtbarmachung von Transpersonen zu beenden?
38. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass die Trojaner-Software „FinSpy“ der Münchner Firma FinFisher GmbH, die nach einem weiteren Bericht vom Amnesty International fortgesetzt gegen ägyptische Menschenrechtsverteidiger, Aktivist:innen, Journalisten und Dissidenten eingesetzt wird, im Rahmen von deutschen Ausfuhrgenehmigungen nach Ägypten gelangt ist, und welche Möglichkeiten kann oder wird sie nutzen, den Weg der offenbar staatlich genutzten Schadsoftware aus Deutschland zu rekonstruieren („German-made FinSpy spyware found in Egypt, and Mac and Linux versions revealed“, Amnesty International vom 25. September 2020)?

39. Abgeordneter  
**Michel Brandt**  
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung bezüglich des geforderten Mandats der Europäischen Union zur Verhandlung des Abkommens für transnationale Konzerne und Menschenrechte der Vereinten Nationen ([https://media.business-humanrights.org/media/documents/files/documents/2020-07-20\\_-\\_EU\\_Parliament\\_-\\_Letter\\_requesting\\_a\\_negotiation\\_mandate.pdf](https://media.business-humanrights.org/media/documents/files/documents/2020-07-20_-_EU_Parliament_-_Letter_requesting_a_negotiation_mandate.pdf)), und was bedeutet dies für das Auftreten Deutschlands und der EU während der anstehenden Verhandlungen vom 26. bis zum 30. Oktober 2020 in Genf?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie**

40. Abgeordnete  
**Dr. Ingrid Nestle**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wer sind die Teilnehmer und Teilnehmerinnen in dem von der Bundesregierung genannten Stakeholder-Dialog Wasserstoff, eröffnet am 18. August 2020 (Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 45, Plenarprotokoll 19/175), und wie sieht der weitere Zeitplan dieses Dialogprozesses bis zur Ergebnisvorstellung aus?
41. Abgeordnete  
**Eva-Maria  
Schreiber**  
(DIE LINKE.)
- Wie schätzt die Bundesregierung die entwicklungspolitische Wirkung ihrer UFK-Garantien in der Höhe von 293 Mio. US-Dollar ein, die sie für das Jahr 2016 für die Erweiterung der CBG Sangaredi-Mine in Guinea bewilligt hat, angesichts der Beschwerde von 13 betroffenen Dörfern beim Ombudsmann der International Finance Corporation (CAO) wegen Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung ([www.fian.de/fallarbeit/sangarediguinea/](http://www.fian.de/fallarbeit/sangarediguinea/)), und wie gedenkt die Bundesregierung, sich an die Mediation zwischen Investoren und Betroffenen für eine angemessene Entschädigung einzubringen, angesichts der bereits erfolgten Zwangsumsiedlung eines Teils der Betroffenen in nicht-rekultivierte Gebiete, in denen keine Landwirtschaft möglich ist ([www.fian.de/fallarbeit/sangarediguinea/](http://www.fian.de/fallarbeit/sangarediguinea/))?

42. Abgeordneter  
**Uwe Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie gedenkt die Bundesregierung auf eine Verbesserung der Situation im Bauxitabbaugebiet der Sangaredi-Mine in Guinea hinzuwirken, an der sie durch eine ungebundene Finanzkreditgarantie für die Minenerweiterung der Mine des Konsortiums CBG beteiligt ist ([www.fr.de/wirtschaft/doerfer-muessen-mine-weichen-90057279.html](http://www.fr.de/wirtschaft/doerfer-muessen-mine-weichen-90057279.html)), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Erfahrungen des Sangaredi-Falls, um negative Effekte der Instrumente der deutschen Außenwirtschaftsförderung auf Mensch und Umwelt in Zukunft zu vermeiden?
43. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Von welchem Stromverbrauch geht die Bundesregierung im Jahr 2030 in Deutschland im Vergleich zum Jahr 2020 insgesamt und für zusätzliche Verbräuche für Elektromobilität, Wärmepumpen, Wasserstoffherstellung, Digitalisierung usw. aus (bitte einzelne Angaben in TWh)?
44. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- In welcher Höhe hat der Autozulieferer Continental im Zuge der Corona-Krise staatliche Unterstützungsleistungen (zum Beispiel Kurzarbeitergeld, Liquiditätshilfen) erhalten (bitte aufschlüsseln), und welche Konditionierungen (beispielsweise Arbeitsplatzgarantien) hat die Bundesregierung bei der Vergabe dieser Leistungen vorgegeben?
45. Abgeordneter  
**Fabio De Masi**  
(DIE LINKE.)
- Inwiefern hat die Bundesregierung das Vorliegen von Interessenkonflikten bei der Vergabe von Beratungs- und Unterstützungsleistungen an den Mandatar PricewaterhouseCoopers GmbH (PwC) im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsstabilisierungsfond (WSF) in Anbetracht der Tatsache geprüft, dass PwC auch die Lufthansa AG bei den Verhandlungen über finanzielle Unterstützung und den Einstieg des Bundes mit Beratungsleistungen unterstützt hatte, und wie hat die Bundesregierung sichergestellt, dass daraus möglicherweise erwachsende Interessenskonflikte vermieden werden?
46. Abgeordnete  
**Lisa Badum**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann veröffentlicht die Bundesregierung das Gutachten von Ernst & Young GmbH sowie dem Büro für Energiewirtschaft und technische Planung GmbH (BET) zu den geplanten Entschädigungssummen von 2,6 Mrd. Euro für die Kohlanlagen im Rheinischen Revier sowie 1,75 Mrd. Euro für die Anlagen im Lausitzer Revier ([www.handelsblatt.com/dpa/wirtschaft-handel-und-finanz-en-spd-will-mehr-transparenz-bei-braunkohle-entschaedigungen/26170312.html?ticket=ST-277069-KjGjM3Ib5e3cqh26cAP-ap5](http://www.handelsblatt.com/dpa/wirtschaft-handel-und-finanz-en-spd-will-mehr-transparenz-bei-braunkohle-entschaedigungen/26170312.html?ticket=ST-277069-KjGjM3Ib5e3cqh26cAP-ap5)), und aus welchen Gründen ist dies noch nicht geschehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit  
und Soziales**

47. Abgeordneter  
**Grigorios Aggelidis**  
(FDP)
- Welche Maßnahmen sind für die „Regionalen Koordinationsstellen Fachkräfteeinwanderung“ vorgesehen, und sind weitere Handlungen und Formate dafür geplant?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz  
und für Verbraucherschutz**

48. Abgeordnete  
**Canan Bayram**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf zur Einführung eines Mieten- und Immobilieneigentümer-Katasters vorzulegen, entsprechend dem aktuellen Vorhaben der Berliner Regierungskoalition ([www.tagesspiegel.de/berlin/um-mietpreise-und-eigentuemer-zu-erfassen-berlins-bausenator-scheel-plant-mieten-datenbank/26187844.html](http://www.tagesspiegel.de/berlin/um-mietpreise-und-eigentuemer-zu-erfassen-berlins-bausenator-scheel-plant-mieten-datenbank/26187844.html)), um damit eine zutreffendere Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete zu ermöglichen sowie die realen „wirtschaftlich Berechtigten“ von Immobilien im Sinne des Steuer- und § 19 des Geldwäschegesetzes in verschleierte Konstellationen feststellen zu können, und wenn ja, wann?
49. Abgeordnete  
**Renate Künast**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie sollen die verfassungsrechtlichen Bedenken (s. Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, [www.bundestag.de/resource/blob/691848/3be358ed1c526e33c946a453f0b60aaa/WD-10-037-20-pdf-data.pdf](http://www.bundestag.de/resource/blob/691848/3be358ed1c526e33c946a453f0b60aaa/WD-10-037-20-pdf-data.pdf), und Rechtsgutachten von Prof. Dr. Matthias Bäcker, [www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag\\_de/themen\\_az/rechtspolitik/PDF/200917-Baecker-Gutachten-Gesetz\\_zur\\_Bekaempfung\\_des\\_Rechtsextremismus\\_und\\_der\\_Hasskriminalitaet.pdf](http://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/rechtspolitik/PDF/200917-Baecker-Gutachten-Gesetz_zur_Bekaempfung_des_Rechtsextremismus_und_der_Hasskriminalitaet.pdf)) bei dem beschlossenen, aber noch nicht verkündeten Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität ausgeräumt werden, und wann wird es nach Kenntnis der Bundesregierung in Kraft treten?



**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Ernährung und Landwirtschaft**

50. Abgeordneter  
**Markus Herbrand**  
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung meine Einschätzung, dass der tausendfache Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in Polen bereits im Jahr 2019 (insgesamt 2.477 an der Schweinepest verstorbene Wildschweine, [www.fli.de/de/aktuelles/tierseuchengeschehen/afrikanische-schweinepest/](http://www.fli.de/de/aktuelles/tierseuchengeschehen/afrikanische-schweinepest/)) und die aufgrund der noch höheren Fallzahlen in diesem Jahr (Stand: 29. September 2020: 3.269 verendete Wildschweine) verursachten Schweinepestfälle im Bundesland Brandenburg zu einem Umdenken der Bundesregierung führen müssen, sodass die Bundesregierung sowohl den Bundesländern umfangreichere Unterstützungsangebote jenseits der alleinigen Aufgabenübertragung auf die Jägerschaft als auch finanzielle Unterstützung für möglicherweise auf die Ausbreitung der Schweinepest folgende finanzielle Verluste von Schweinemastbetrieben gewährt und ihre nach meiner Auffassung und angesichts der Fallzahlen gescheiterte Präventionsstrategie auf nationaler und europäischer Ebene ändert, um eine Ausbreitung der Schweinepest sowohl von unseren östlichen als auch unseren westlichen Nachbarn wie Belgien zu verhindern?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend**

51. Abgeordnete  
**Katrin Werner**  
(DIE LINKE.)
- Welche weiteren Einkommensgrenzen wurden im Zuge der durch das Bundeskabinett auf den Weg gebrachten Reform des Elterngeldes, die eine Senkung der Einkommensgrenze für Paare von derzeit 500.000 Euro im Jahr auf 300.000 Euro im Jahr vorsieht, durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) berechnet, und welche Kostenersparnisse wären durch diese anderen Einkommensgrenzen beim Elterngeld jeweils möglich gewesen ([www.bmfsfj.de/bmfsfj/mediathek/dr--franziska-giffey-stellt-verbesserungen-beim-elterngeld-vor/160584/](http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/mediathek/dr--franziska-giffey-stellt-verbesserungen-beim-elterngeld-vor/160584/))?
52. Abgeordnete  
**Katrin Werner**  
(DIE LINKE.)
- Wie viel Prozent der Elterngeldbezieherinnen und -bezieher wären jeweils durch die berechneten Einkommensgrenzen vom Bezug des Elterngeldes ausgeschlossen worden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Gesundheit**

53. Abgeordnete  
**Maria Klein-Schmeink**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung zu welchem Zeitpunkt getroffen, um einen sich abzeichnenden Engpass von Einmalhandschuhen im Bereich der Pflege und in der medizinischen Versorgung ([www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/bw-verband-warnt-engpass-bei-einmalhandschuhen-in-der-pflege-100.html](http://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/bw-verband-warnt-engpass-bei-einmalhandschuhen-in-der-pflege-100.html)) zu verhindern?
54. Abgeordnete  
**Kordula Schulz-Asche**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In wie vielen Fällen haben Krankenhäuser – nach Kenntnis der Bundesregierung – gemäß der COVID-19-Arbeitszeitverordnung die Arbeitszeit von Pflegepersonal ausgeweitet oder Ruhezeiten verkürzt, und in wie vielen Fällen sind bereits entsprechende Ausgleichszeiten gewährt worden?
55. Abgeordnete  
**Kordula Schulz-Asche**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Werden Impfstoffkontingente aus bilateralen Verträgen der EU für ärmere Länder (vor allem Gesundheitspersonal, Menschen in humanitären Krisen) in die COVAX Facility eingespeist?
56. Abgeordneter  
**Michael Theurer**  
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung im Hinblick auf die Vermeidung von COVID-19-Infektionen durch Aerosole die Empfehlung des Infektiologen Prof. Dr. med. Clemens Wendtner, mobile Lüftungsanlagen mit Hepa-Filtern in öffentlichen Gebäuden und Schulen einzusetzen, und in welcher Höhe plant die Bundesregierung ein Förderprogramm für solche Anlagen?
57. Abgeordnete  
**Corinna Rüffer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Warum bestimmt die Bundesregierung im Falle eines erhöhten Infektionsgeschehens Corona-Risikogebiete samt -Quarantänemaßnahmen ausschließlich über nationale Abgrenzungen, anstatt sich am überstaatlichen Geschehen und dessen jeweiliger lokal definierter Ausprägung zu orientieren, sodass folglich in Grenzregionen wie der Großregion Saar-Lor-Lux, Rheinland-Pfalz, Wallonie beispielsweise für Luxemburger dieselben Quarantäne- bzw. Testpflicht-Regeln gelten müssen wie für Deutsche der Großregion oder anderer deutschen Regionen auch, wenn sich aus dem jeweiligen regionalen Infektionsgeschehen gleiche oder ähnliche Aussagen ergeben?

58. Abgeordnete  
**Dr. Kirsten Kappert-Gonther**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Haben sich die coronabedingten Erleichterungen der Substitutionstherapie für Opioidabhängige nach Kenntnis der Bundesregierung bewährt, und plant sie eine Initiative zur Verstärkung der Regelungen der Verordnung über Abweichungen von den Vorschriften des Fünften Buches Sozialgesetzbuch, des Apothekengesetzes, der Apothekenbetriebsordnung, der Arzneimittelpreisverordnung, des Betäubungsmittelgesetzes und der Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung (BtMVV) infolge der SARS-CoV-2-Epidemie (SARS-CoV-2-Arzneimittelversorgungsverordnung)?
59. Abgeordnete  
**Dr. Kirsten Kappert-Gonther**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Liegt der Bundesregierung ein Zwischenbericht zur Evaluation der 3. Verordnung zur Änderung der BtMVV vor (vgl. [www.zis-hamburg.de/projekte/projektetails/Evaluation-der-3-Verordnung-zur-Aenderung-der-BtMVV/](http://www.zis-hamburg.de/projekte/projektetails/Evaluation-der-3-Verordnung-zur-Aenderung-der-BtMVV/)), und wann wird ein solcher Bericht der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur**

60. Abgeordneter  
**Sven-Christian Kindler**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich die Anzahl der Grünbrücken an Bundesstraßen und Bundesautobahnen in Niedersachsen in den Jahren 2009 bis 2020 (Stand: 30. September 2020) entwickelt, und an welchen Bundesfernstraßen befinden sie sich?
61. Abgeordneter  
**Sven-Christian Kindler**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Diesel-Lokomotiven bzw. Diesel-Züge hat die DB Regio AG in Niedersachsen derzeit (Stand: 30. September 2020) in ihrem Bestand, und wie viele Diesel-Lokomotiven bzw. Diesel-Züge hat sie in den Jahren 2018 bis 2020 (bis einschließlich zum 30. September 2020) in Niedersachsen neu in Betrieb genommen bzw. in Dienst gestellt?

62. Abgeordneter  
**Matthias Gastel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Erdgas-Lkw wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit Inkrafttreten des Artikels 5 des Achten Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 29. Juni 2020 zugelassen, und inwiefern plant die Bundesregierung eine umgehende Gesetzesänderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes, mit der die EU-Rechtskonformität der Regelungen für Erdgas-Lkw gewährleistet wird und gleichzeitig mögliche Schadensersatzansprüche begrenzt werden?
63. Abgeordneter  
**Matthias Gastel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hält die Bundesregierung für Einzelprojekte des Deutschlandtakts (vgl. 3. Gutachterentwurf), die noch nicht im Potentiellen Bedarf des Bundesschienenwegeausbaugesetzes („Bedarfsplan Schiene“) enthalten sind, einen Parlamentsbeschluss zur Aufnahme in das Bundesschienenwegeausbaugesetz für erforderlich, oder ist die Nennung des Vorhabens „Deutschland-Takt“ in Anlage (zu § 1) des Bedarfsplans für die Bundesschienenwege (Ifd. Nr. 44) hinreichend und mithin nach Ansicht der Bundesregierung eine Beschlussfassung durch den Deutschen Bundestag nicht erforderlich?
64. Abgeordneter  
**Dr. Christian Jung**  
(FDP)
- Hat das Land Baden-Württemberg in den Jahren 2019 und 2020 alle vom Bund zur Verfügung stehenden Mittel für Investitionen im Straßenbau abgerufen bzw. wurden alle Mittel eingesetzt, und wenn nein, welche Menge wurde mit welcher Begründung nach Kenntnis der Bundesregierung nicht abgerufen?
65. Abgeordneter  
**Dr. Christian Jung**  
(FDP)
- Welches Alter weisen die Stellwerke in Baden-Württemberg nach Kenntnis der Bundesregierung auf (bitte Anzahl der Stellwerke pro Jahrzehnt angeben)?

66. Abgeordnete  
**Marja-Liisa Völlers**  
(SPD)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung – die meiner Meinung nach – widersprüchlichen Ausführungen hinsichtlich des aktuellen Stands des Beteiligungsverfahrens zum Großprojekt „ABS/NBS Hannover-Bielefeld“ in einem persönlichen Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann an mich, in dem es heißt, die DB Netz AG habe die ersten Schritte zur Erstellung eines Grobkonzeptes für den Planungsdialog in dem Großprojekt ABS/NBS Hannover-Bielefeld bereits eingeleitet, und es sei Ziel, noch im Herbst dieses Jahres einen ersten Entwurf für den Planungsdialog in dem Großprojekt ABS/NBS Hannover-Bielefeld vorliegen zu haben, welcher dann als Grundlage zur weiteren Ausarbeitung mit den Beteiligten dienen solle sowie der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 19/21276, in der es zu Frage 3 heißt, es müssten erst gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, bevor die DB AG die Erteilung des Planungsauftrags für das Projekt „ABS/NBS Hannover-Bielefeld“ vorbereiten könne?
67. Abgeordneter  
**Stefan Gelbhaar**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern wird ein sogenanntes Level Playing Field im neu zu gründenden Datenraum im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) ([www.wn.de/Welt/Wirtschaft/4268265-Nach-dem-Autogipfel-Autobranche-steht-vor-schwierigem-Umbruch](http://www.wn.de/Welt/Wirtschaft/4268265-Nach-dem-Autogipfel-Autobranche-steht-vor-schwierigem-Umbruch)) zwischen öffentlichen Verkehrsunternehmen und privaten Mobilitätsdiensten sowie der Automobilindustrie geschaffen, wenn die Bereitstellung der Daten im Datenraum einerseits freiwillig ist, die Bereitstellung der Daten für öffentliche Verkehrsunternehmen im Sinne der novellierten PSI-Richtlinie (Public Sector Information-Richtlinie) andererseits aber verpflichtend werden wird (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32019L1024&from=DE>), und inwiefern werden die Aktivitäten von „Mobility Inside“ vom VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V.), die durch das BMVI gefördert werden, in den neuen Datenraum einfließen?
68. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Kilometer Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen wurden in den letzten zehn Jahren neu errichtet (bitte Aufteilung nach Bundesländern)?

69. Abgeordneter  
**Michael Theurer**  
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung in einem Zweischicht-Betrieb im Rahmen der Baubetriebsreform 2 und den damit verbundenen höheren Kosten eine Möglichkeit, die Vollsperrung beim Teilprojekt B28n\_B32-G60-BW-T2-BW (B 032 OU Horb [Neckartalquerung]) gegenüber einem Einschicht-Betrieb zu verkürzen, und wenn nein, welche weiteren Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur Beschleunigung des Bauvorhabens als geeignet an (Nachfrage auf die Antwort der Bundesregierung zu den Schriftlichen Fragen 165 und 166 auf Bundestagsdrucksache 19/22308)?
70. Abgeordneter  
**Dr. Dirk Spaniel**  
(AfD)
- Woraus setzen sich die geplanten Einnahmen für das 2021 in Höhe von 2,3 Mio. Euro der Bundes-schienenwege und woraus die einzelnen Kostenposten der Autobahn GmbH für das Jahr 2021, laut Einzelplan 12 des Haushaltsentwurfs 2021 aus dem Bundesministerium der Finanzen, zusammen?
71. Abgeordneter  
**Torsten Herbst**  
(FDP)
- Hat die Bundesregierung die notwendige Notifizierung für die angekündigte Eigenkapitalerhöhung für die Deutsche Bahn AG vor dem Hintergrund der anhaltenden Corona-Pandemie bereits bei der Europäischen Kommission beantragt, und falls ja, wann ist dies geschehen, und falls nein, warum nicht ([www.sueddeutsche.de/wirtschaft/deutsche-bahn-staatshilfen-flixbus-1.5046466](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/deutsche-bahn-staatshilfen-flixbus-1.5046466))?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit**

72. Abgeordneter  
**Torsten Herbst**  
(FDP)
- Gibt es im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Förderprogramme zur Verbesserung sowie zur Sicherung des Wasserhaushaltes und/oder zur Renaturierung von Teichanlagen sowie zur Schaffung, Sanierung und Unterhaltung von Regenrückhaltungen für Starkniederschläge in den Kommunen, und falls ja, welche sind dies?

73. Abgeordnete  
**Sylvia Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung nach ihren Kenntnissen bestätigen, dass Tenex (Tochterfirma von Rosatom) und Urenco eine Partnerschaft für die Brennstoffversorgung des Atomkraftwerks Barakah – dessen erster Block im Jahr 2020 in Betrieb ging – eingegangen sind (vgl. [www.power-technology.com/projects/barakah-nuclear-power-plant-abu-dhabi/](http://www.power-technology.com/projects/barakah-nuclear-power-plant-abu-dhabi/)), und wie soll nach Kenntnis der Bundesregierung das angereicherte Uranhexafluorid, für das eine Genehmigung nach § 3 des Atomgesetzes am 24. Juli 2020 mit dem Antragsteller Urenco und dem Bestimmungsort Elektrostal erteilt wurde (vgl. Webseite des BMU, [www.bmu.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Nukleare\\_Sicherheit/ausfuhrgenehmigungen\\_brennelemente\\_bf.pdf](http://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Nukleare_Sicherheit/ausfuhrgenehmigungen_brennelemente_bf.pdf)) weiterverwendet werden (z. B. dank der in den Auftragsunterlagen vorgelegten Informationen zur Zielbestimmung und zum Endnutzer)?
74. Abgeordnete  
**Sylvia Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Transporte abgereichertem Uranhexafluorids (UF<sub>6</sub>) aus der Urananreicherungsanlage Gronau nach Russland gab es in den Jahren 2019 und 2020 insgesamt (bitte unter Angabe der Gesamtmenge, vgl. 12.000 ursprünglich vereinbarte Tonnen, wie aus der Antwort der Bundesregierung zu der Mündlichen Frage 24, Plenarprotokoll 19/117, hervorgeht und vgl. [www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-9652.pdf](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-9652.pdf)), und wie viele Tonnen abgereichertes UF<sub>6</sub> lagern heute im Freilager der Urananreicherungsanlage in Gronau (vgl. Bestände im August 2019, [www.hubertus-zdebel.de/wp-content/uploads/2019/10/Wirtschaftsministerium-NRW-an-GAL-Gronau-12.09.2019-UAA-Gronau.pdf](http://www.hubertus-zdebel.de/wp-content/uploads/2019/10/Wirtschaftsministerium-NRW-an-GAL-Gronau-12.09.2019-UAA-Gronau.pdf) – bitte ggf. unter Angabe der Gründe für eine moderate Abnahme der Bestände)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

75. Abgeordnete  
**Hilde Mattheis**  
(SPD)
- Wie wirkt die Bundesregierung auf die Umsetzung der im Jahr 2019 vom Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages angenommenen Petition (Pet 3-19-30-2211-06641) hin, um die klinische Forschung zur Erforschung von Methadon als Wirkverstärker in der Krebstherapie zu fördern?

76. Abgeordnete  
**Hilde Mattheis**  
(SPD)
- Sucht das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) auch im Rahmen der „Nationalen Dekade gegen den Krebs“ den aktiven Austausch mit Universitäten und Forschungseinrichtungen, um klinische Studien zur Erforschung mit Methadon anzuregen, und wenn nein, welche Interessen des BMBF sprechen dagegen?
77. Abgeordneter  
**Dr. h. c. Thomas Sattelberger**  
(FDP)
- Wie macht das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Mittelvergabeprozesse innerhalb des Dachkonzepts „Forschungsfabrik Batterie“ und ggf. darüber hinaus gehende Förderungen für die Öffentlichkeit transparent, und zu welchem Zeitpunkt haben die in dem Ausschreibungsverfahren zur Forschungsfertigung Batteriezelle unterlegenen Mitbieter Zusagen für Fördergelder an ihren Standorten im Rahmen des Dachkonzepts „Forschungsfabrik Batterie“ erhalten?
78. Abgeordneter  
**Dr. h. c. Thomas Sattelberger**  
(FDP)
- Wie viel Fördergeld wurde zusätzlich zu den im Dachkonzept „Forschungsfabrik Batterie“ für die „Forschungsfertigung Batteriezelle“ vorgesehenen 500 Mio. Euro an im Rahmen des Standortvergabeverfahrens unterlegene Mitbewerber bzw. weitere Forschungseinrichtungen vergeben, und gab es hierfür strukturierte Entscheidungsprozesse (bitte aufschlüsseln, an wen es jeweils ging)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

79. Abgeordneter  
**Uwe Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Umsetzungspläne (beispielsweise Inhalte, Höhe der Kredit- und Fördersummen, Empfängerländer, Zeitplan) hat die Bundesregierung für das von Bundesminister Gerd Müller vorgeschlagene EU-Stabilisierungsprogramm mit Krediten und Soforthilfen für Entwicklungsländer ([www.handelsblatt.com/politik/deutschland/coronakrise/entwicklungsminister-mueller-an-den-folgen-der-lockdowns-werden-weit-mehr-menschen-sterben-als-am-virus/26209144.html?ticket=ST-909931-1ibebmScUPvTsWenZ5K3-ap2](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/coronakrise/entwicklungsminister-mueller-an-den-folgen-der-lockdowns-werden-weit-mehr-menschen-sterben-als-am-virus/26209144.html?ticket=ST-909931-1ibebmScUPvTsWenZ5K3-ap2)), und welche Konditionen sind an die Umsetzung geknüpft?



**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes**

80. Abgeordneter  
**Fabio De Masi**  
(DIE LINKE.)
- Welche nachrichtendienstlichen Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu dem Treffen zwischen Jan Marsalek, ehemaliger COO der Wirecard AG, mit einem ehemaligen Hauptabteilungsleiter des österreichischen Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorbekämpfung vom 18. Juni 2020 (vgl. [www.sueddeutsche.de/wirtschaft/wirecard-jan-marsalek-flucht-1.5051016?reduced=true](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/wirecard-jan-marsalek-flucht-1.5051016?reduced=true))?
81. Abgeordneter  
**Grigorios Aggelidis**  
(FDP)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um eine effiziente Umsetzung der Kernvorhaben der Selbstverpflichtungen des Nationalen Aktionsplans Integration zu gewährleisten?
82. Abgeordneter  
**Johannes Huber**  
(AfD)
- Über welche Inhalte hat Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit dem russischen Staatsbürger Alexei Anatoljewitsch Nawalny anlässlich ihres Besuches an dessen Krankenbett in der Berline Charité konkret gesprochen, und über welche „Einzelheiten“ ([www.focus.de/politik/ausland/fall-nawalny-merkel-besuch-am-krankenbett-habe-getan-was-meine-pflicht-war\\_id\\_12342585.html](http://www.focus.de/politik/ausland/fall-nawalny-merkel-besuch-am-krankenbett-habe-getan-was-meine-pflicht-war_id_12342585.html)) seines Falles war sie nach ihrer Einschätzung besser als er selbst informiert?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

83. Abgeordneter  
**Stefan Schmidt**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis über die Anzahl der Hacker-Angriffe auf Konten von Verbraucherinnen und Verbrauchern beim Zahlungsdienstleister PayPal (vgl. [www.daserste.de/information/wirtschaft-boerse/plusminus/videos/paypal-corona-video-100.html](http://www.daserste.de/information/wirtschaft-boerse/plusminus/videos/paypal-corona-video-100.html)), und sieht sie gesetzgeberischen Handlungsbedarf in diesem Zusammenhang, auch in Hinblick auf den Wettbewerbsvorteil, den Zahlungsdienstleister, die die Zwei-Faktor-Authentifizierung nicht nutzen müssen, gegenüber beispielsweise Kreditinstituten, die mit Inkrafttreten der EU-Zahlungsdiensterichtlinie PSD2 zu einer solchen verpflichtet wurden, dadurch genießen, dass der Bezahlvorgang für die Kundinnen und Kunden bequemer ist?

84. Abgeordnete  
**Gökay Akbulut**  
(DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass die Türkei den automatischen Informationsaustausch über Kontoinformationen (FKAustG), bis zum Ablauf der – um ein Jahr verlängerten – Frist zum 31. Dezember 2020 nur für 54 Staaten (u. a. ist Deutschland ausgeschlossen) umsetzen wird (vgl. Aussage von Zafer Sırakaya, AKP-Abgeordneter der Großen Nationalversammlung der Türkei, im türkischen Staatsfernsehen TRT Haber: <https://youtu.be/qJxCOMiYnGE> – bitte konkrete Maßnahmen/Konsequenzen auflisten?



